

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Franz Kerker (AfD)

vom 29. April 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. April 2019)

zum Thema:

Berliner SPD und Israel-Boycott

und **Antwort** vom 20. Mai 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Mai 2019)

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin

Herrn Abgeordneten Franz Kerker (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/18729
vom 29. April 2019
über Berliner SPD und Israel-Boycott

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Der Zeitschrift "Cicero" zufolge haben Islamisten damit begonnen, Vereine, Parteien und staatliche Organisationen zu unterwandern. Auch die SPD diene als Brückenkopf islamistischer Netzwerker. Zusammen mit der damaligen Integrationsbeauftragten Aydan Özuguz habe Frau Lydia Nofal vom Verein "Inssan e.V." 2014 den "Arbeitskreis der Muslime in der SPD" AKMS gegründet. Ein Gründungsmitglied des AKMS, Faten El-Dabbas, habe öffentlich den Staat Israel mit dem "Islamischen Staat" IS gleichgesetzt; ein früherer Vorstand des AKMS, Mohamed Ibrahim, habe auf einer Demonstration in der Nähe des Mahnmals der ermordeten Juden Europas zum Boykott Israels aufgerufen. [Fallenstein Daniel u. Ralf Fischer: Genosse Muslimbruder. In: Cicero. Magazin für politische Kultur. Mai 2019. S.46-51.]

Frage:

In Drucksache 18/13260 verneint der Senat die Frage Nr. 1 nach einer Unterstützung finanzieller Art für die sogenannte "BDS-Bewegung". Er finanziert aber "Inssan e.V." sowie das sogenannte „Violence Prevention Network“, welche beide über den "Arbeitskreis der Muslime in der SPD" personelle Verbindungen zu Akteuren der "BDS-Bewegung" unterhalten. Wie begründet er dies?

Antwort:

Die vom Fragesteller aufgeführten Sachverhalte und Zusammenhänge sind für den Senat nicht nachvollziehbar.

Berlin, den 20. Mai 2019

Der Regierende Bürgermeister
In Vertretung

Christian Gaebler
Chef der Senatskanzlei